

Dokumentiert:

FDP und AfD wollen Gedenkstätte nicht fördern

von Anna Goldbach in shz vom 11.12.2025:

<https://www.shz.de/lokales/pinneberg-schenefeld/artikel/kz-gedenkstaette-pinneberger-fdp-und-afd-wollen-kein-geld-geben-49634993#comments>

Der Kreis Pinneberg wird die KZ-Gedenkstätte in Kaltenkirchen im Kreis Segeberg auch in den kommenden Jahren finanziell unterstützen. Das hat der Kreistag jetzt mehrheitlich entschieden. Das Thema sorgte während der Sitzung am Mittwoch, 10. Dezember, allerdings für viel Unruhe in der Politik. Denn: AfD und FDP stimmten geschlossen dagegen, was teils wütende Reaktionen der anderen Fraktionen auslöste.

Bis 2031: Kreis Pinneberg will 21.000 Euro jährlich investieren

Worum geht es? Der Kreis hatte bereits zuvor über die finanzielle Unterstützung [der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen](#) beraten und für das Jahr 2025 eine Zuwendung in Höhe von 19.000 Euro und 21.000 Euro für das Jahr 2026 beschlossen. Weiter war die Verwaltung beauftragt worden, Pläne für eine dauerhafte Förderung vorzulegen. Im entsprechenden Vertragsentwurf bekennt sich der Kreis Pinneberg zu den Werten der Menschlichkeit, Toleranz und Erinnerung.

FDP und AfD votieren gegen den Entwurf

Konkret – so steht es im Entwurf – gewährt der Kreis der Gedenkstätte einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 21.000 Euro. Ab 2028 soll der Betrag jährlich – bis zum Vertragsende am 31. Dezember 2031 – um 2,5 Prozent angehoben werden. Das Gremium votierte mit 46 Ja-Stimmen für den Entwurf. Die zwölf Gegenstimmen stammten zu gleichen Teilen aus den Fraktionen von FDP und AfD.

„Diese Gedenkstätte dient nicht nur als Ort des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, sondern auch als Bildungsstätte.“ An die einleitenden Worte der Präambel knüpfte auch Sabine Schaefer-Maniezki (Grüne) als zweite stellvertretende Kreispräsidentin an. Sie hob die Bedeutung der Gedenkstätte und ihre Relevanz für die Bildung der Schüler aus dem Kreis hervor. Zustimmung gab es dafür von fast allen.

CDU wendet sich direkt an die FDP

„Mit diesem Zuwendungsvertrag entscheiden wir, wie ernst wir es meinen mit Verantwortung, Erinnerung und demokratischer Haltung“, so Stephan Schmidt (CDU). In seinem Beitrag kam er den Gegenargumenten von FDP und AfD zuvor. Die Gedenkstätte liegt zwar wenige Meter außerhalb des Kreises, die Relevanz für den Kreis schmälere das jedoch nicht. „Der Nationalsozialismus hat nicht an Kreisgrenzen haltgemacht. Auch im Kreis Pinneberg gab es Täter, Profiteure und Mitläufer“, so der Fraktionsvorsitzende.

Das sagt die FDP

Aufgrund der prekären Kreishaushaltsslage und weil die Zuwendungen in den Bereich der freiwilligen Leistungen – wo das Sparen üblicherweise beginnt – fallen, argumentierte die FDP, dass man sich die Unterstützung nicht leisten könne. Die Freien Demokraten kamen der Bitte Schmidts, ihr Abstimmungsverhalten zu überdenken, nicht nach. Formal, so Schmidt, sei der Vertrag eine freiwillige Leistung. „Aber moralisch wird aus dieser freiwilligen Leistung eine Pflicht.“

AFD: Gedenkstätte nicht im Kreisgebiet

Die AfD, die sich zunächst missverstanden fühlte, ergriff mehrfach das Wort. Man stimme nicht aus Ablehnung des Gedenkens dagegen, leitete der Fraktionsvorsitzende Volkher Steinhaus ein, sondern weil die Gedenkstätte nicht im Kreisgebiet liege. Später argumentierte er, dass die Fraktion wegen der Kinder mit Behinderung, denen das Geld letztendlich fehle, gegen die Zuwendung sei. Damit brachte er eine Reihe weitere Wortmeldungen und hörbare Empörung hervor. SPD, Grüne und Linke kritisierten, dass die AfD regelmäßig Entscheidungen im Sinne von Familien, Kindern und Jugendlichen in anderen Gremien blockiere, nun aber Kinder mit Behinderung als Argument „missbrauche“.

Das sagt die Linke

Es sei zu sehen, wie gezielt versucht würde, „historischen Konsens aufzuweichen“, Täter zu relativieren und Opfer unsichtbar zu machen, sagte René König (Linke). Umso wichtiger seien Gedenkstätten. „Erinnerungsarbeit ist Teil einer antifaschistischen Grundhaltung“ und einer Politik, die die Würde jedes Menschen schützt. „Wir können es uns nicht leisten, diese Orte zu schwächen, während die Gegner einer offenen Gesellschaft stärker werden“, erklärte König.